

II-4485 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Z1.21.891/176-1/91

1010 Wien, den 13. Jänner 1992

Stubenring 1

Telefon (0222) ~~XXXX~~ 71100

Telex 111145 oder 111780

DVR: 0017001

P.S.K.Kto.Nr. 5070.004

Auskunft

--
Klappe - Durchwahl

1972IAB

1992 -01- 15

zu 2013 J

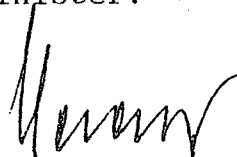
B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten SRB
und FreundInnen an den Bundesminister
für Arbeit und Soziales betreffend
Besteuerung von Krankengeld
(Nr.2013/J)

Zu den aus der beiliegenden Ablichtung der gegenständlichen
Anfrage ersichtlichen Fragen führe ich folgendes aus:

Da mit der gegenständlichen Anfrage eine rein steuerrechtliche
Problematik angesprochen wird, verweise ich auf die themen-
gleiche Anfrage Nr.2012/J an den Herrn Bundesminister für
Finanzen und seine diesbezügliche Beantwortung. Aus der Sicht
der Sozialversicherung ist seinen Ausführungen nichts weiter
hinzuzufügen.

Der Bundesminister:



Nr. 2013/W

ANFRAGE

1991 -11- 2 1

des Abgeordneten Srb und FreundInnen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Besteuerung von Krankengeld

Die Tiroler Arbeiterkammer machte kürzlich auf einen eklatanten Mißstand aufmerksam:

Seit der letzten Steuerreform werden Krankengelder voll besteuert; bis dahin waren sie steuerfrei. Arbeitnehmer, die in letzter Zeit ihren Lohnsteuerausgleich zurückbekommen haben, mußten feststellen, daß sie für den Zeitraum eines Krankenstandes beträchtliche Lohnsteuernachzahlungen zu leisten haben.

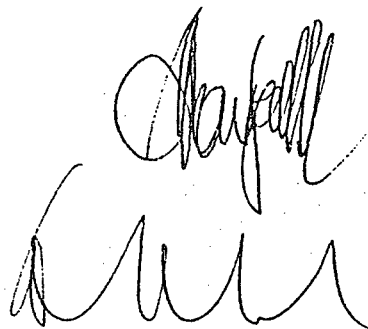
Durch einen längeren Krankenstand ohnehin existenziell gefährdete Arbeitnehmer bekommen nun erheblich weniger Krankengeld ausbezahlt als vor der Steuerreform. Es wurde nämlich vergessen, die Bruttobeträge der Krankengelder entsprechend anzuheben.

Angesichts dieser unsozialen Besteuerung des Krankengeldes richten die unterfertigten Abgeordneten an Sie, Herr Bundesminister folgende

ANFRAGE

- 1) Wie ist Ihre Stellungnahme zu dem oben geschilderten Problem?
- 2) Werden Sie sich beim Finanzminister dafür einsetzen, daß es zu einer rückwirkenden Stornierung dieser unsozialen Maßnahme kommt?

Wenn nein, warum nicht?

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Stefan' or similar, written in a cursive style.